



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kern, Fritz: Die "konservative" Staatsidee

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die „konservative“ Staatsidee

Von Fritz Kern



1.

Menenius hat in Heft 2/3 der „Grenzboten“ (S. 67) die sechs politischen Ideologien nebeneinander gestellt, die seiner Meinung nach gegenwärtig Europa beherrschen. Die Begriffe, um die sich seine sechs Ideologien gruppieren, sind:

1. der Sinn für Macht schlechthin, „Realpolitik“, d. h. das Streben nach möglichst viel irgendwie verwendbarer potentieller Energie,
2. die Beurteilung aller politischen Beziehungen unter dem Gesichtspunkt der Mehrung der Verbrauchsgüter, d. h. Wirtschaftspolitik,
3. der Individualismus, der die Bindung an überindividuelle Einheiten möglichst einschränken will, d. h. der Liberalismus,
4. der Gedanke der abstrakt ausgleichenden Gerechtigkeit, notwendig verknüpft mit einer besonders starken Bindung des Individuums an überindividuelle Einheiten, d. h. der Kommunismus, der heute auftritt als Religion der Weltrevolution,
5. die Erlösung der Einzelseele und die dazu gehörige Gemeinde, d. h. die katholische Idee,
6. die Nation als Beziehungspunkt aller politischen Kräfte und Zwecke.

Menenius will alle tatsächlichen politischen Strömungen unserer Zeit als Kombinationen dieser sechs Grundideen auffassen.

Es fällt auf, daß von einer konservativen Staatsidee hier überhaupt nicht die Rede ist. Der Eindruck, daß es eine solche in der praktischen Politik kaum mehr gibt, ist heute weit verbreitet. Ein jüngerer Politiker hat aus dieser Auffassung heraus gelegentlich die Bezeichnung der „Deutschnationalen Volkspartei“ als „liberalisierter Nationalpartei“ geprägt.

Eine genauere Untersuchung der in unserer Zeit lebenden Ideologien wird zu einem wesentlich anderen Ergebnis führen. Die Abplattung der politischen Ideale zu bloßen Schlagworten infolge der Demokratisierung unserer Zeit hat allerdings zur Folge, daß das nicht zum Massengang geeignete konservative Staatsideal sich aus der Arena zurückgezogen hat, in welcher das Ringen der Parteiideale mehr einem Boxkampf als einer geistigen Auseinandersetzung ähnlich geworden ist. Wenn wir uns nicht täuschen, so bereitet sich aber gerade in unserer Zeit die Wiederauferstehung der konservativen Staatsidee zu einem wirklichen Ideal vor. Die konservativen Elemente finden am heutigen Staat wenig mehr zu konservieren, um so mehr aber neu zu schaffen. Vielleicht steht nun die geistige Schöpferkraft der Ideen, in die sich das politische Fühlen der Menschheit spektralanalytisch auseinanderlegt, oft im umgekehrten Verhältnis zu dem mechanisierten Machtbesitz ihrer Träger. Die konservative Staatsidee konnte einschlummern, solange das deutsche Staatswesen hauptsächlich von konservativen Grundsätzen und Personenkreisen beherrscht wurde. Heute ist dagegen das Recht des Widerstandes, der Gedanke der Umwälzung und damit die Veranlassung, vielleicht auch die Kraft zur Schöpfung gerade auf die sogenannten konservativen Kreise übergegangen.

2.

Gehen wir von der dritten Menenius'schen Gruppe, dem Liberalismus aus. Sein klassisches Zeitalter bedeutet die Befreiung vom fürstlichen Absolutismus, die sich vom siebzehnten Jahrhundert in England bis zum zwanzigsten Jahrhundert in Rußland hinzieht, heute aber in der ganzen Welt abgeschlossen vorliegt. Seit der Überspannung des landesfürstlichen Absolutismus im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert standen zunächst alle überhaupt vorhandenen Parteiideale wie Parteibildungen irgendwie in der Opposition zu dieser alles überragenden Macht, und erst wo diese Staatsform endgültig zerbrochen war, gewannen politische Ideale mit anderer Abzweckung nennenswerten Raum. Der Liberalismus fordert an Stelle des entrechteten Individuums der absolutistischen Periode das berechnete Individuum; die Habeas corpusakte ist sein Symbol. Er tritt als Wirtschaftspolitik für das freie Spiel der Kräfte, als Weltanschauungspolitik für die Gedanken- und Glaubensfreiheit, als nationale Politik für die Selbstbestimmung der Volksgenossen ein, worunter im Innern die Vorherrschaft einer möglichst atomisierten demokratischen Volksvertretung, gegenüber anderen Staaten aber die Einheit und Freiheit der Nation verstanden wird. Der Liberalismus ist dem, was Menenius als „Realpolitik“ bezeichnet, im ganzen abgeneigt, weil das Ziel der Machtanhäufung als solcher weitgehend die Unterjochung der Individuen unter die Staatsgewalt voraussetzt. Jedoch ist der Liberalismus z. B. in Frankreich infolge seiner Verbindungsfähigkeit mit dem gesteigertsten Nationalismus auch wohl zu einer seinem Wesen zunächst fremden Machtpolitik befähigt. In Deutschland, wo der Liberalismus leider hundert Jahre lang fast nie die Verantwortung der Regierung tragen durfte, hielt er am Kampf gegen Fürstengewalt und straffe Einspannung des Individuums doktrinärer fest, als in den wahrhaft geeinigten Westvölkern; dabei geriet sogar die Sicherheit des Staates nach außen in Gefahr über dem verbissenen inneren Streit um Grundsätze. Im selben Maß, wie der Liberalismus aber seine Forderungen in Deutschland während des neunzehnten Jahrhunderts zur Verwirklichung bringt, ermattet seine geistige Schwungkraft. Was Gemeinplatz, was selbstverständliche Lebensform geworden ist, ist kein Ideal mehr, sondern stärkste mechanisierte Wirklichkeit. Macht indes, die ohne neue schöpferische Akte mechanisch ausgeübt wird, höhlt sich aus, gleichgültig, ob es sich um den mechanischen Druck Metternich'scher Macht auf alle liberalen Ideale oder um den nicht minder mechanischen Druck parlamentarischer Macht auf alle nicht parlamentstechnischen Kräfte eines Volkstums handelt. Wir finden eine ähnliche Auslese deutscher Jugend, wie sie vor hundert Jahren in liberaler Opposition zu Metternich stand, heute in der Opposition zum Parlamentsmechanismus. Sie ist derweilen noch ebenso ohnmächtig wie die Burschenschafter auf der Wartburg oder dem Spiegelberg. Die Zukunft aber wird sich doch wohl denjenigen ergeben, welche am meisten Schöpferkraft und am wenigstens mechanische Erschöpfung in sich tragen.

3.

Der Liberalismus atomisiert ebenso wie der Absolutismus die Staatsbürger, d. h. er übernimmt vom Absolutismus, der die organische Staatsidee des Mittelalters und des Ständestaates zerschlagen hatte, diese Atomisierung, nur daß er das Aggregat der Atome aus einem bloßen Material des Fürsten zum

souveränen Träger der Staatsgewalt erheben will. Diese am reinsten im revolutionären Frankreich verkörperte Staatsform brachte zu Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts bei den Engländern unter Burkes Führung im Gegenstoß das organische Staatsideal zur theoretischen Klarheit. Die Bezeichnung des organischen Staatsideals als konservativ ist heute nicht mehr passend; wenigstens für die umgestürzten Staaten der Deutschen und der Russen würde dies Ideal eher Restauration genannt werden müssen. Den Kern der Sache aber trifft weit besser die Bezeichnung: organische Staatsidee. Die vor hundert Jahren so starken Einschläge der Legitimität, des Absolutismus und der Geschichtsromanik berühren die Bedeutung des organischen Staatsideals weniger als die zeitlosen Ideen der Autorität des überindividuellen Organismus, der Funktion bzw. Pflicht der arbeitsteiligen Glieder und endlich der abgestuften, ineinandergreifenden Gliederung der Organe. Alle drei Ideen sind keine Schlagwörter für den Stimmzettelfang des „souveränen Wählers“, der als vielfach gebundenes, das Ganze nicht überblickendes Massenteilchen seinem individuellen Macht- und Glückstreben beim Wählen ein schwaches Ventil öffnen kann, um im Sinne der Ungebundenheit, d. h. des Liberalismus, oder im Sinne der ausgleichenden Gerechtigkeit, d. h. des Sozialismus oder Kommunismus, zu demonstrieren. Das zur Unverantwortlichkeit strebende Individuum wird lieber ein Minimum staatlichen Eingriffs, als ein Maximum organischer Verknüpfung wählen, es sei denn, daß wirtschaftliche, ständische, kirchliche Gesichtspunkte, oder aber die als eigene Sache empfundene Not der Nation die Wählermasse zum organischen Fühlen hindrängt. Jene der Unterordnung heischenden Ideen als solche können die numerische Mehrheit im atomisiert souveränen Volk nur in gewissen, seltenen Augenblicken erlangen, dann nämlich, wenn der überindividuelle, seinen Leib sich bauende „Volksgeist“ in Form des Glaubens an einen gewaltigen Führer, in der Enttäuschung über die menschliche Leere der errungenen „Rechte“, im Druck der Fremdherrschaft oder unter dem Impuls religiöser Massenbewegungen die Individuen schöpferisch neu sammelt. Im allgemeinen aber wird die Wahlurnenreligion, nach welcher die Mehrheit der atomisierten Volksgenossen die Autorität hat und die Regierung bestimmen kann, für die organische Staatsidee meist ein noch mächtigeres Hindernis bilden, als einst die Bajonette des absoluten Staates für die alten liberalen Ideen. Zur organischen Staatsidee gehört eben eine Volksvertretung nach dem Grundsatz, daß nicht die major pars, sondern die major et sanior pars entscheidet. Dieses Mehrheitsprinzip des Mittelalters und des Ständestaates beruht auf dem Glauben, daß die Mehrheit der Erfahrenen die geeignetste äußere Sicherung für die jeweilige Durchsetzung des Vernünftigen im Staate bilde. In der heutigen Lage Deutschlands würde die Vorbedingung einer länger dauernden Verwirklichung der organischen Staatsidee sein, daß der „Volksgeist“, des mechanisierten Wahlsystems müde und seiner Abstände bewußt, zu einer qualifizierten Volksvertretung zurückkehre, deren gesunde Ansätze in der Selbstverwaltung und der berufsständischen Gliederung liegen. Indes kann ein solcher Durchbruch eines gesünderen Volksgliederungsgedankens nur erwartet werden, wenn gleichzeitig auch die beiden anderen Hauptattribute der organischen Staatsidee, die Autorität und die Pflicht, bzw. die Anerkennung des überindividuellen Organismus und der Funktion der Glieder, ins allgemeine, ernster und hingebender gestimmte Bewußtsein treten.

Den Anfang müßte wohl im geschichtlichen Verlauf einer solchen Neubildung das Auftreten und die Anerkennung einer wirklichen Autorität sein. Wo ist es deutlicher als in der Politik, daß der Geist sich den Körper, die Gesinnung die Einrichtungen schafft und nicht umgekehrt? Der Kreislauf der Enttäuschungen, die unser Volk durchlebt hat, dürfte an sich die Vorbedingungen für die Anerkennung starker, schöpferischer Autorität zurechtgelegt haben, wenn sie zu ihrer Stunde in unsere Mitte tritt.

4.

Blicken wir von hier aus zu den sechs Ideologien des Menenius zurück, so werden wir kaum mehr zweifeln, daß die von uns umrissene siebente Ideologie, trotzdem sie als Machtgebilde heute noch ungreifbar erscheint, doch als Samenkorn der Zukunft, wenigstens in Deutschland, starke Vitalität zeigt. Die organische Staatsidee hatte vor hundert Jahren in Deutschland das Unglück, zur ideologischen Verschanzung des ideenarmen Polizeistaates gegenüber dem damals den Fortschritt verkörpernden Liberalismus zu erstarren. Bismarck aber konnte bei den besonderen Aufgaben seines Lebens und bei der Verflachung des politischen Ideenkampfes in einem Zeitalter nicht zum Restaurator der organischen Staatsidee, sondern im wesentlichen nur zum Lehrmeister der Realpolitik werden. Heute dagegen liegt in der organischen Staatsidee der kürzeste Weg sowohl zur Realpolitik wie zum Fortschritt, zum nationalen Gedanken wie zu einer gesunden, d. h. unseren Lebensbedingungen gemäßen Wirtschaftspolitik. Auch der Gedanke der ausgleichenden Gerechtigkeit, richtig verstanden, findet in der organischen Staatsidee die am wenigsten utopische Bahn zu seiner annähernden Verwirklichung.

Die ideenmäßige Wiedergeburt der organischen Staatsidee steckt noch in den Anfängen. Das Zurückgreifen auf die Gottesgnadenlehre Stahls entspricht nicht den realen Bedürfnissen, die Wiederaufnahme der dialektischen Staatslehre Hegels nicht den geistigen Neigungen unseres Zeitalters. Drei andere Ausgangspunkte für einen Wiederaufbau der organischen Staatslehre glauben wir zu bemerken: der eine, bisher am weitesten entwickelte, dürfte die Besinnung auf die freilich fast immer bruchstückhaften Ausprägungen organischer Staatsbildung in unserer deutschen Geschichte sein, gipfelnd in dem politischen Klassiker unserer klassischen Periode, in Stein. Ein zweiter Ausgangspunkt liegt in dem noch gärenden, aber nicht mehr wegdenkbaren Suchen unserer Zeit nach neuen Gemeinschaftsformen aus religiöser und nationaler Schöpferkraft. Den dritten Ausgangspunkt, der für die zukünftige theoretische Klarheit dieser die Jugend bewegenden Staatslehre maßgebend sein dürfte, erblicken wir in den Zielen, zu denen heute Biologie wie Geisteswissenschaft konvergieren. Die Wissenschaft vom Leben und seiner souveränen Funktion, dem Geist, verspricht auch das staatliche Denken und Wollen der Gebildeten und damit den Staat selbst, zunächst einmal in der Theorie, im Sinne einer organischen Auffassung neu zu gliedern.

